

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sehen, dass in diesen Haushalt erneut viel Zeit und Kraft investiert wurde und danken allen, Verwaltung und Politik, die nach bestem Wissen und Gewissen hieran mitgearbeitet haben.

Die Krise hat System

Nun ist es nichts Neues, dass zu einem verantwortungsvollen wirtschaftlichen Handeln die Notwendigkeit gehört, nicht mehr auszugeben als man einnimmt. Aber dieses Leitmotiv gilt nur für die Situation, bei der man seine Einnahmen tatsächlich kennt und danach seine Ausgabenhöhe bestimmen kann.

Für das kommunale Gemeinwesen stellt sich die Ausgangssituation jedoch anders dar. Hier kennen wir die Einnahmen- wie auch die Ausgabenseite nur annähernd. Warum ist das so? Das ist so, weil wir auf der Ausgabenseite bspw. nicht vorhersehen können, wie sich die Aufwendungen für Soziales aufgrund der Politik von Bund und Land sowie der Eskapaden unseres freiheitlichen Wirtschaftssystems entwickeln werden. Und auf der Einnahmenseite können wir nicht mit Sicherheit kalkulieren, weil die übergeordneten Politikebenen – Bund und Land - die Erstattungsleistungen nicht mehr an den tatsächlichen Ausgaben sondern an der eigenen Finanzsituation ausrichten.

Das hat bis heute dazu geführt, dass die kommunale Ebene finanziell ausblutet. Aber das ist kein Zufall, sondern das hat System.

Dieses System beinhaltet, die Kommunen in einer Form finanziell zu ruinieren, dass alle möglichen Aufgaben privatisiert werden können. Mit der Folge, dass das Wohl der Bürger vom Gewinnstreben der Unternehmen abhängig gemacht wird.

Dies ist eine falsche Politik, die wir, DIE LINKE aufs schärfste ablehnen. Für uns steht der Mensch im Vordergrund. Sein Wohlergehen muss das Maß aller Dinge sein.

Wie war die Ausgangslage zur Haushaltskonsolidierung hier in Eschweiler vor einem Jahr? Die Erwartungen und Hoffnungen dem HSK mit den jetzt vorliegenden Haushalt zu erfüllen waren groß, auch wenn es den ein oder anderen Skeptiker gab und gibt. Und wie sehen die hehren Ziele heute aus? Sind die Auflagen erfüllt und haben die Kürzungen gegriffen? Theoretisch ja, praktisch nein. Nicht nachvollziehbar die Situation. Eine nicht unerhebliche Steuernachzahlung kommt dem städtischen Haushalt zu Gute. Der Nachzahlende sieht sich zu Unrecht geschröpft und erhebt Klage. Die Summe muss in eine Drohrückstellung geparkt werden (soweit auch eine umsichtige Haushaltsführung). Gleichzeitig jedoch werden Städteregionsumlage, ÖPNV-Anteil entsprechend dem vermeintlichen Geldregen erhöht und die Schlüsselzuweisungen gesenkt. (In zwei Jahren wissen wir vielleicht mehr.)

Trotz Millioneneinnahmen am Ende ein Millionendefizit. Ich bin mir sicher, dass wir hier noch viele Haushaltsreden halten können, ohne dass von der Mehrheit der hier vertretenen Parteien das eigentliche Problem erkannt, geschweige denn dieses angegangen wird. Viele hier im Ratssaal betrachten dies als hausgemachtes Problem. Vielmehr liegt es daran, dass Bund und Land seit Jahrzehnten Aufgaben an die Kommune weitergeben, ohne für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen.

Wir geben daher nicht zu viel aus, wir nehmen zu wenig ein. Auf Hilfe aus Berlin und Düsseldorf warten wir vergebens.

Zwar appellieren wir alle seit Jahren an den Bund und an das Land Veränderungen herbeizuführen, zum Bessern hat sich aber nichts getan. Ja, inzwischen habe ich die Hoffnung auf Veränderung sogar fast aufgegeben. Denn egal ob schwarz-gelb, rot-grün oder Große Koalition.

Es sind, meine Damen und Herren, ihre Parteienvertreterinnen und –vertreter in Land, Bund und EU, die für entsprechende Gesetze verantwortlich sind.

Die Große Koalition hat Steuererhöhungen für Reiche zum Tabu erklärt. Gleichzeitig trägt sie die „schwarze Null“ ohne Rücksicht auf Verluste wie eine Monstranz vor sich her. Systematisch wird stattdessen seit Jahrzehnten durch die Politik zugelassen, dass sich die großen Konzerne der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben entziehen können und nur noch die Lohnabhängigen und der Mittelstand belastet werden. Die extreme Vermögenskonzentration ist zu einer Gefahr für die Demokratie geworden. Auch deshalb brauchen wir eine Erbschafts- und Vermögenssteuer, die den Superreichtum abschöpft. Eine fünfprozentige Millionärssteuer würde gut 80 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen - Geld, das auch in den Kommunen dringend gebraucht wird, um Investitionen in Schulen, Infrastruktur und Kultur zu tätigen.

Die sogenannte „Schuldenbremse“ wird dieses Schiefelage noch verstärken. Anstatt Generationengerechtigkeit wird die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben und das Sparen bei Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge usw. hinterlässt zwar weniger Schulden, aber auch eine marode Infrastruktur.

Komme ich nun zum vorliegenden Haushalt und den zurückliegenden Debatten. Auch wenn zu den Wehklagen, die regelmäßig angestimmt werden, wenn es um die städtischen Ausgaben geht, immer wieder die Personalkosten gehören, standen sie diesmal erfreulicherweise nicht an. Personalkürzungen sind als Konsolidierungsmaßnahme auch absolut ungeeignet. Weniger Personal bedeutet nicht weniger Arbeit. Immer wieder wurden Maßnahmen hinterfragt warum sie nicht durchgeführt bzw. im vollen Umfang angegangen werden. Es fehlt schlicht an ausreichend, qualifiziertem Personal.

Insbesondere in der Flüchtlingsarbeit wird das Fehlen an Stellen aktuell deutlich. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle zunächst den vielen Eschweilerinnen und Eschweilern, die in unseren Asylbewerberunterkünften ehrenamtlich tätig sind, für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement bei der Integration der Flüchtlinge. Aber zur Betreuung der Flüchtlinge benötigen wir mehr hauptamtliches und qualifiziertes Personal. Weitere Stellen, die aufgrund dieser zusätzlichen Aufgaben zum Beispiel im Jugendamt und in den Querschnittsbereichen notwendig sind, werden und müssen jetzt bereits besetzt werden und ich sage Ihnen, damit ist noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Langfristiger Stellenauf- statt Stellenabbau ist daher das Gebot der Stunde.

Der eingeschlagene Weg in der Flüchtlingsfrage weist in die richtige Richtung. Ich hoffe, dass man ihn weitergehen kann und nicht durch die mangelnden Zuweisungen von Bund und Land zunichte gemacht wird.

Die große Zahl an Geflüchteten nach Europa stellt die Kommunen vor viele neue Aufgaben. Auch wenn Bund und Land nun endlich mehr Geld zur Versorgung der Flüchtlinge bereitstellen, bleibt trotzdem noch eine Finanzierungslücke. Solange die Bundesregierung nicht endlich einsieht, dass auch ihre verfehlte Außenpolitik, die Waffenexporte und sogenannte Freihandelsabkommen dazu führen, dass immer mehr Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen, solange sollte unserer Auffassung nach der Bund alle anfallenden Kosten in diesem Bereich tragen.

Eines der drängendsten Probleme in unserer Stadt ist das Thema Armut. In den Diskussionen um die städtische Finanzplanung kommt dies bestenfalls am Rande vor.

Die Agenda 2010-Gesetzgebung hat eine Umverteilung eingeleitet, die ohnegleichen ist. Armut per Gesetz und die Menschen sind der dauernden Gesetzesbeugung ausgesetzt.

Immer mehr obliegt es den Kommunen, das zunehmend steigende Armutsrisiko aufzufangen, häufig ohne Unterstützung vom Land oder Bund. Ohne eine sozial gerechte Steuerreform auf Bundesebene wird sich daran wohl auch nichts ändern. Dabei ist die Bekämpfung von Armut in allen ihren Ausprägungen nicht zuletzt auch eine Aufgabe auf kommunaler Ebene.

Erst im Februar dieses Jahres hat der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverband aufgezeigt, dass Arbeitslose und Alleinerziehende in unserer Region besonders akut von Armut bedroht sind. Auch die Altersarmut hat in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen. Mit einer Armutsquote von im Moment 17,9 Prozent können wir uns beileibe nicht schmücken.

Um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, muss man die Situation kennen, in der sich die Menschen befinden. Wir brauchen daher einen eigenen Armutsbericht bzw. Sozialplan für Eschweiler, um den unterschiedlichen Formen von Armut aktiv begegnen und geeignete Gegenstrategien entwerfen zu können. Kurz erwähnt sei, dies haben wir schon 2011 beantragt und wurde als zu aufwendig abgelehnt. Jedoch dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, wenn dies erneut hier diskutiert werden wird, da dies immer mehr eine Voraussetzung ist um überhaupt Fördermittel zu erhalten.

Daher halten wir die Schaffung eines Citymanagers oder Marketingmanagers für mehr als fraglich.

Wir brauchen einen Sozialplaner bzw. Stadtentwickler mit Milieukompetenz. Und wenn es einen wie auch immer gearteten Managers bedarf, dann kann er nur Teil eines Teams sein. Wir müssen auch den jahrelangen Stillstand im sozialen Wohnungsbau beenden. Eschweiler braucht dringend mehr sozial geförderten Wohnraum. Insbesondere Wohnungen für Singles und Bezieher von Arbeitslosengeld II haben wir eindeutig zu wenig. Es kann nur die Wohnung angemietet werden, die auch auf dem Markt vorhanden ist.

Jedoch wird dieses gerade für Arbeitslose und Leistungsempfänger durch das Jobcenter erschwert bis unmöglich gemacht. Auf Beratung und Hilfe wird dort vergebens gehofft.

Hier erfreulich festzustellen, dass der Wille in Eschweiler vorhanden ist aktiv in den Wohnungsbau zu investieren. Ein Wohnraumkonzept wäre jetzt schön gewesen bzw. Sozialplan um gezielt zu investieren.

Als wäre dies alles nicht genug stehen wir wieder einmal vor einem Strukturwandel. Wie wurden wir doch beschimpft Arbeitsplätze vernichten zu wollen, als wir uns gegen die Braunkohle als zukunftsfähige bzw. übergangsfähige (30 bis 50 Jahre?) Energieversorgung und damit auch sichere Arbeitsplätze aussprachen. Die Realität ist auch hier schon schneller, RWE bündelt seine Bereiche alternative Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochter. Doch wie schon erläutert muss man den Wandel auch fördern. Und dann sich gegen die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien speziell der Windkraft auszusprechen, wie es einige hier machen ist absurd. Wir verlangen von RWE, das es Verantwortung übernimmt, nur dann müssen wir es auch zu lassen, wenn es möglich ist.

*Keines verbleibt in derselben Gestalt, und Veränderung liebend
Schafft die Natur stets neu aus anderen andere Formen,
Und in der Weite der Welt geht nichts - das glaubt mir – verloren;
Wechsel und Tausch ist nur in der Form. Entstehen und Werden
Heißt nur, anders als sonst anfangen zu sein, und Vergehen,
Nicht mehr sein wie zuvor. Sei hierin jenes versetzt,
Dieses vielleicht dorthin: im ganzen ist alles beständig.
Unter demselbigen Bild - so glaub ich - beharrt auf die Dauer
Nichts in der Welt.
Ovid – Metamorphosen, XV, 255/260*

Man konnte in der Zeitung nach der Haushaltsberatung lesen, das sich die Mehrheit im Wohlfühlsessel bequem macht und die Opposition den Schlaf der Gerechten nachgeht, anstatt auf Krawall gebürstet zu sein.

Die Kommune ist keine bloße Verwaltungsebene, sondern der Ort, an dem die Menschen leben und arbeiten. Kommunalpolitik schärft den Blick auf die Wirklichkeit, auf die Folgen politischer Entscheidungen die auf Bundes-, Landes oder EU-Ebene getroffen werden.

Bund und Länder garantieren den Kommunen und ihren Einwohnern Selbstverwaltung. Die Verwirklichung dieser Garantie wird jedoch durch politische und ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen zunehmend erschwert. Der finanzielle Mangel in den Kommunen schränkt deren politische Gestaltungsspielräume ein. Es wird oft nur noch der Mangel verwaltet. Kommunale Selbstverwaltung im Sinne des Grundgesetzes wird damit ad absurdum geführt. Dies führt bei vielen Menschen zu Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung und schwächt damit letztendlich die Demokratie.

So sollten wir anstatt billiger Polemik, die ja anscheinend mit konstruktiver Auseinandersetzung wechselt wird, Sachbedingt und der Lage angemessen debattieren. Eine weise Mehrheit hört zu und zuckt nicht reflexartig zurück, nur weil etwas von der Opposition kommt.

Wir werden im nächsten Jahr die aufgeworfene Frage nach einem Sozialplan energisch weiterverfolgen. Ebenso werden wir das Thema Mobilität verstärkt in den Fokus rücken. Zu einer guten Stadtplanung gehört auch Mobilität für alle, sei es mit dem Auto, dem ÖPNV, Fahrrad oder zu Fuß. Nicht Konsoolidierung des ÖPNV-Angebotes darf das Ziel sein, sondern deren Ausbau. Dies auch im Hintergrund der Inklusion.

Nun möchte ich zum Schluss kommen und für all diejenigen, die meinen wir bräuchten nur kürzen bzw. sparen und hätten vor Jahren schon die Weichen anders stellen müssen und ein Haushalt wäre dann im Ausgleich, anstatt z.B. die Verbundmasse wieder vom Land für die Kommunen zu erhöhen, geschweige den Konnexität tatsächlich einzuhalten von Land und Bund:

Immanuel Kant:

„Die Sparsamkeit ist keine Tugend. Denn zur Sparsamkeit gehört weder Geschicklichkeit noch Talent. Wenn wir sie mit der Verschwendung gegeneinander halten, so gehört dazu, um ein Verschwender mit Geschmack zu sein, weit mehr Talent und Geschicklichkeit als zum Sparen, denn Geld ablegen kann auch der Dummste.... Daher auch solche Personen, die das Geld durchs Sparen erwerben, sehr niedrige Seelen sind. Unter den Verschwendern findet man aber aufgeweckte und geistreiche Personen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Albert Borchardt
Fraktionsvorsitzender
Dienstag, 15.12.2015